

Nr. XIX. GP.-NR
720 /J
1995 -03- 1 0

A N F R A G E

der Abgeordneten Dkfm. Dr. Günter Puttinger
und Kollegen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend den Einsatz von Zollwacheorganen nach dem EU-Beitritt Österreichs

Nach dem EU-Beitritt Österreichs entfiel ein großes Aufgabengebiet für die Zollwacheorgane. Nach jüngsten Medienberichten hat jedoch nur ein kleiner Teil der Zollwachebeamten den Dienst bei der Gendarmerie oder Polizei aufgenommen, obwohl nur mehr eingeschränkte Dienstmöglichkeiten vorhanden sind.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

Anfrage:

1. Wieviele Beamte versahen per Stichtag 31. 12. 1994 Dienst an den einzelnen Zollämtern an den Grenzen zur BRD und Italien? (Bitte nach den einzelnen Zollämtern aufschlüsseln!)
2. Wieviele Beamte versehen derzeit noch Dienst an diesen Zollämtern?
3. Wieviele Beamte an den angeführten Zollämtern sind bis jetzt auf eigenem Wunsch aus ihrem Dienst ausgeschieden und haben selbst ihr Dienstverhältnis zum Bund beendet?
4. Das Dienstverhältnis wievieler Beamter wurde durch den Arbeitgeber (Bund) aufgelöst?

5. Besteht derzeit Ihrer Meinung nach ein "Personalüberhang" an den einzelnen Zollämtern an der Grenze zur BRD und Italien?
- Wenn nein, warum nicht?
 - Wenn ja, welche Maßnahmen werden Sie setzen, um den Personalstand an den zitierten Zollämtern auf ein adäquates Maß zu verringern?
 - Wenn ja, wie hoch ist die Summe der Bruttoentgelte aller "überzähligen" Beamten pro Monat?
 - Wenn ja, welche Arbeitsleistung erbringen diese "überzähligen" Beamten an den zitierten Zollämtern?
6. Stehen dem Personalabbau auf ein angemessenes Maß gesetzliche Regelungen entgegen?
- Wenn ja, welche?
 - Wenn nein, warum wurde - in Zeiten der Budgetknappheit - der Personalabbau noch nicht durchgeführt?
7. Halten Sie bestehende gesetzliche Regelungen, die eine Versetzung von Zollwachebeamten - insbesondere in einer Sondersituation aufgrund des EU-Beitritts - zu einem anderen Wachkörper verhindern (bzw. erschweren), für gerechtfertigt?
- Wenn ja, warum?
 - Wenn nein, was unternehmen Sie - insbesondere unter dem Aspekt, daß auch andere Dienstnehmer (z. B. Speditiousangestellte) aufgrund des EU-Beitrittes überhaupt ihren Arbeitsplatz verloren haben - gegen diese gesetzlichen Regelungen?
8. Beabsichtigen Sie Initiativen zu einer Änderung der Gesetzeslage, wenn Versetzungen verhindert werden?
- Wenn ja, welche?
 - Wenn ja, welche gesetzlichen Bestimmungen wollen Sie anregen zu ändern?
 - Wenn nein, warum nicht?
9. Sind Versetzungen innerhalb der Zollwache an einen anderen Dienstort zulässig? Wenn ja, bis zu welcher Entfernung zum bisherigen Dienstort?
10. Gibt es Überlegungen im Bundesministerium für Finanzen und im Bundesministerium für Inneres, Zollwachebeamte bei Gendarmerie oder Polizei verstärkt zu integrieren?
- Wenn ja, welche? Bis wann werden konkrete Umsetzungsschritte erfolgen?
 - Wenn nein, warum nicht?

11. Aus welchen Mitteln soll die schon wiederholt angekündigte Errichtung einer Grenzschutztruppe, für die auch das Bundesministerium für Inneres zuständig sein soll, wodurch auch eine "Überleitung" der Beamten von der Zuständigkeit des Finanzministeriums zur Zuständigkeit des Innenministeriums erfolgen würde, finanziert werden?
12. Auf die Dienstleitung wievieler Beamter, die derzeit zur Personenkontrolle an den österreichischen Grenzübergängen eingesetzt sind, wird nach dem voraussichtlichen Beitritt Österreichs zum "Schengener Abkommen" bzw. nach dessen Umsetzung (Entfall der Grenzkontrollen) verzichtet werden?
13. Bestehen konkrete Pläne, was mit jenen Zollwachebeamten geschieht, deren Dienstleistung sich nach Umsetzung des "Schengener Abkommens" erübrigt? Wenn ja, welche?